

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Erfasskasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 75 M, für Versammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

Alte Methoden in neuer Auflage!

In der Lohnpolitik der deutschen Unternehmer spiegelt sich ihre sozial- und wirtschaftliche Rückständigkeit treffend wider. Allen Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die Unternehmer von ihrer verbohrtten und konservativen Ansicht auf lohnpolitischem Gebiet abzubringen, sagen sie den schärfsten Kampf an. Kampf den Schlichtungseinrichtungen, Kampf dem Reichsarbeitsministerium, Kampf vor allen Dingen den Gewerkschaften. Das sind die Parolen des Unternehmertums. Diese Kampfstellung gegenüber den Kräften des sozialen Fortschritts war im Unternehmerlager schon immer zu verzeichnen. Wer sich den rückständigen Ansichten der Unternehmer auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet entgegenstellt und eine andere Meinung vertritt, der hat sich ihre dauernde Feindschaft zugezogen. Selbst die Gesellschaft für soziale Reform wird bekämpft, wenn sie es wagt, auf ihren Tagungen die Meinung zu vertreten, daß die Lohnpolitik der Unternehmer falsch sei. Vertreter der Wissenschaft, die den Mut aufbringen, gegen den Stachel zu löcken und in Wort und Schrift den Nachweis führen, daß die Lohnpolitik der Unternehmer, von wirtschaftlichen, kulturellen und sozialpolitischen Gesichtspunkten aus gesehen, unhaltbar sei, werden von den Unternehmern in ihrer Presse und in der Öffentlichkeit herabgesetzt. Gar zu gerne spielen sich die Unternehmer als die Führer der Wirtschaft auf, deren Monopol es sei, zu bestimmen, was auf lohnpolitischem Gebiet zu geschehen habe. Daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft heute bei der Lohnfindung mitreden will, ist für sie unerträglich. Die Unternehmer wollen wieder mit „ihren Arbeitern“ über die Höhe der Löhne reden und lehnen jede Einmischung des Staates sowie der verhassten Gewerkschaften ab. Daß sich die Unternehmer nicht mit großer Begeisterung dazu verstehen können, mit den Gewerkschaften über die Löhne der Arbeiter zu verhandeln, kann man bei ihrer rückständigen Einstellung in dieser Frage verstehen. Nur der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe, setzen sie sich mit den Vertretern der Arbeiter an den Verhandlungstisch, um über Lohnfragen zu diskutieren. Im Grunde genommen hassen sie die Gewerkschaften, weil diese ihnen ihre unumschränkte Verfügungsgewalt im Betriebe einzuschränken suchen. Niemand darf sich einer Täuschung hingeben und etwa glauben, daß die Auffassung der Unternehmer den Gewerkschaften gegenüber wesentlich anders geworden sei als zu jener Zeit, wo Alfred Krupp folgende Parole ausgab:

„Ohne Zweifel geht Deutschland demselben Zustand entgegen, worin sich England befindet. Ich empfehle aber die äußerste Vorsicht und Kontrolle des Verhaltens der Arbeiter und Meister, um jeden sofort herauszuschmeißen, der Miene macht, sich zu beteiligen bei irgendeinem Verbands, der feindlich ist gegen Arbeitgeber und Kapital. Ferner rechne ich darauf, daß jeder herausgeschmissen wird, der in Religionsinteressen zu wählen versucht, wir wollen nur treue Arbeiter haben, die dankbar im Herzen und in der Tat dafür sind, daß wir ihnen Brot geben. . . . Dagegen soll aber niemand wagen, gegen ein wohlwollendes Regiment sich zu erheben, und eher ist alles in die Luft zu sprengen, alles zu opfern, als Arbeiterbegehre nachzugeben unter dem Druck von Streiks.“

Nach wie vor ist es innerste Ueberzeugung der Unternehmer, daß die Grundsätze, die Alfred Krupp im Jahre 1871 für die Bekämpfung von „Arbeiterbegehre“ aufgestellt hat, die richtigen seien, um Ruhe in Betriebe zu haben. Selbst die schon längst proletarisierten Innungskrauter versuchten, nicht nur in der Vorkriegszeit, sondern auch zum Teil noch heute, die

Grundsätze zu verwirklichen, die Alfred Krupp und einige Jahre später sein Gefinnungsgenosse Bueck aufgestellt haben. Niemals, so führte dieser große industrielle Scharfmacher im Jahre 1898 aus, werden sich die Unternehmer mit den Gewerkschaftsführern an einen Tisch setzen, um über Lohn und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu reden. Alle Einrichtungen der Arbeiterschaft und des Staates, deren Ziel es ist, die beruflich-wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern oder die wirtschaftlich Schwachen durch behördliche Maßnahmen zu unterstützen, bekämpfen die Unternehmer auf das schärfste. Wenn auch in der Nachkriegszeit scheinbar eine Aenderung in der geistigen Verfassung der Unternehmer eingetreten ist, ihrem Wesen nach sind sie die Alten geblieben. Die Proklamationen eines Alfred Krupp, eines Bueck und des preussischen Handelsministers Camphausen, der im Jahre 1875 von den Tribünen des Reichstages herab die Parole herausgab: „Man muß die Anforderungen an die Arbeiter steigern, die Löhne aber nicht erhöhen, sondern teilweise herabsetzen“, sind ihnen heute noch viel lieber als die bekannten Erklärungen, die am 15. November 1918 den Gewerkschaften gegenüber abgaben. Den alten arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Geist des Unternehmertums hat auch die Erklärung vom 15. November 1918, haben auch die Artikel der Reichsverfassung nicht zu ändern vermocht. Heute noch triumphiert der Geist Alfred Krupps und seiner Gefinnungsgenossen über den Geist Silberbergs, der auf der Dresdner Tagung der Industriellen im Jahre 1926 der Arbeiterschaft vernünftige Worte widmete.

Ihr wahres Gesicht zeigen die Unternehmer immer wieder in der Lohnpolitik. Hier finden wir keine Spur von sozialer und wirtschaftlicher Einsicht. Man braucht sich nur die großen Auseinandersetzungen in der Tabakindustrie, der rheinischen Schwerindustrie, im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, der Berliner Metallindustrie oder im Buchdruckgewerbe vor Augen zu führen, um zu erkennen, daß die Unternehmer noch die alten geblieben sind. Zwar wollen sie heute nicht mehr „alles in die Luft sprengen“, wie das ihnen Alfred Krupp empfohlen hat, sie wählen andere Wege, um zu ihrem Ziel zu kommen. Heute sperren sie Zehntausende von Arbeitern aus, wenn diese sich erdreisten, Lohnforderungen zu stellen, um dadurch die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erreichen. Auch die Unternehmer des Baugewerbes sind um keinen Deut besser als ihre Kollegen im andern Lager. Unter dem Vorwand, wirtschaftlichen Interessen zu dienen, treiben die Unternehmer aller Richtungen soziale und lohnpolitische Rückwärtserei, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Wehe der Arbeiterschaft, wenn es dem Unternehmertum gelänge, seine Pläne durchzusetzen! Wir kennen die Absichten des Unternehmertums. Wiederholt haben sie in ihren Erklärungen der Öffentlichkeit mitgeteilt, wohin die Reise gehen soll. Auch heute noch sind die Unternehmer bestrebt, nach dem Rezept zu handeln, das ihnen der preussische Handelsminister Camphausen in der erwähnten Erklärung im Reichstag als das Allheilmittel für die Gesundung der Wirtschaft empfohlen hat. Lohnabbau ist heute noch die Parole des Unternehmertums, wie das bei den bezirklichen Verhandlungen im Baugewerbe in den letzten Tagen festgestellt werden konnte. Die Auffassung der Gewerkschaften, wonach hohe Löhne den Massenkonsum im großen Ausmaß zu steigern vermögen und dazu angehen, die kulturelle, sittlich und soziale Lage breiter Volksschichten zu heben, beantworten sie teilweise mit höhnischen Bemerkungen. So spottet die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 17. März über die Forderung

der Arbeiterschaft nach stärkerem Anteil an dem Kulturgütern der Menschheit folgendermaßen:

„Kultur ist ebenjowenig wie wahrhaftes Glück abhängig von äußerem Besitz. Jedenfalls genügt ein bescheidenes Auskommen schon, um Glück, wie Kultur zu finden. . . . Darüber sollten die Gewerkschaften ihren Mitgliedern häufiger einmal ein Wort sagen, damit wieder Zufriedenheit einkehrt, ohne die eine Anteilnahme an den Segnungen der Kultur nicht möglich ist. . . . Die christlichen Kirchen haben in ihren besten Zeiten dahin gearbeitet, daß nicht die materielle Seite, nicht das äußere Leben. . . im Mittelpunkt des Dichtens und Trachtens der Menschen steht. Was die Gewerkschaften wirklich meinen, indem sie Kultur und Löhne aneinander binden wollen, ist gar nicht Kultur.“

So ähnlich geht es in dem Artikel weiter. Die Art, wie die Unternehmer alle Bestrebungen der Arbeiterschaft auf sozial- und lohnpolitischem Gebiet bekämpfen, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß sie die Alten geblieben sind. Wohl haben die Gewerkschaften den Unternehmern im Laufe der Zeit manche Position abgerungen und sie vielfach auch zum Nachgeben gezwungen, an ihrer Grundeinstellung hat jedoch niemand Wesentliches ändern können. Ihre Kampfmethoden sind heute dem Wesen nach die gleichen wie in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Gerade die Lohn- und Wirtschaftskämpfe der letzten Zeit zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die alten Methoden nur in neuer Auflage zur Anwendung kommen. Wenn die Arbeiterschaft eine gründliche Aenderung der sozialen und lohnpolitischen Einstellung der Unternehmer wünscht, dann muß sie mehr als bisher auf die Schaffung der allernotwendigsten Voraussetzung bedacht sein: starke, geschlossene Gewerkschaften. Auf dieses Ziel hinzustreben, muß auch unsere Hauptaufgabe sein. Auf dem Wege dazu sind wir. Nur rüstig vorangeschritten, dann schaffen wir es!

Die Funktionärkurie unseres Verbandes.

Um unsere ehrenamtlich tätigen Funktionäre aus den kleineren und mittleren Zahlstellen mit dem Wesen und den Einrichtungen unseres Zentralverbandes vertraut zu machen, hat der Zentralvorstand Funktionärkurie abgehalten. Aber nicht nur diesem Zweck sollten die achtstägigen Kurse dienen, die in der Zeit vom Januar bis März dieses Jahres stattgefunden haben; sie sollten den Funktionären auch die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften aufzeigen und ihnen zu intensiver Mitarbeit im Verbands das geistige Rüstzeug geben. Unser Verband, der sich zu einer Großorganisation mit über 102 000 Mitgliedern entwickelt hat, braucht eine große Zahl Mitarbeiter, die den Anforderungen der Zeit gerecht werden können. Daß von der Zahl der tätigen Mitarbeiter besonders in den kleineren und mittleren Zahlstellen außerordentlich viel abhängt, ist hinlänglich bekannt. In den größeren Zahlstellen besteht eine Reihe von Möglichkeiten, um die Funktionäre mit den Aufgaben der modernen Gewerkschaftsbewegung vertraut zu machen. Die Bildungseinrichtungen der Ortsausschüsse des ZVZ, sowie die sonstigen, von Partei, Genossenschaften und zum Teil auch von den Kommunen errichteten Schulungs- und Bildungskurse sowie sonstige Vorträge geben den Funktionären die Möglichkeit, sich auf den verschiedensten Gebieten des sozialen Lebens zu informieren und weiterzubilden. Diese Möglichkeiten bestehen in kleineren Orten, vor allen Dingen auf dem Lande, nicht, obwohl gerade hier ziemlich hohe Anforderungen an den Funktionär gestellt werden. Hier muß der Verbandsfunktionär nicht nur ein gewissenhafter Verwalter der Verbandsangelegenheiten sein, er muß auch Rat und Auskunft in den wichtigsten Gewerkschaftsfragen geben können.

Die Einleitung und Durchführung der Agitations- und Werbearbeit im Zahlstellengebiet ist eine der wichtigsten Aufgaben des Zahlstellenfunktionärs. Daneben muß das Recht der organisierten Kameraden dem Unternehmertum gegenüber in persönlichen Verhandlungen mit den letzteren oder auch vor den tariflichen Schlichtungskommissionen, den Innungsschieds- und Arbeitsgerichten wahrgenommen werden. Auch die neuen sozialpolitischen Gesetze, vor allen Dingen das Arbeitsnachweis-

und Arbeitslosenversicherungsgesetz bringt es mit sich, daß unsere Funktionäre sich die nötigen Kenntnisse auf diesem Gebiete aneignen, damit sie in den Verwaltungsausschüssen die Interessen der Arbeiter wirksam vertreten können. Kurzum, der Funktionär in den kleineren und mittleren Zahlstellen hat eine Reihe von wichtigen Aufgaben im Interesse unserer Bewegung zu erfüllen. Der Zentralvorstand hielt es für seine Pflicht, in Anbetracht des Mangels, der sich auf den verschiedensten Gebieten zeigte, die Verbandsfunktionäre in Schulungskursen mit dem neuen Aufgabengebiet der Gewerkschaften vertraut zu machen.

In den fünf Funktionärkursen, die unser Zentralverband veranstaltet hat, haben 234 Kameraden aus allen Teilen des Verbandsgebietes teilgenommen. Obwohl sich weit über 500 Kameraden für die Teilnahme an den Funktionär-schulungskursen gemeldet hatten, gestatteten es die räumlichen Verhältnisse in den Heimen nicht, eine größere Zahl von Funktionären unterzubringen. Die überaus große Zahl der Meldungen zeigt, daß für unsere Bildungsbestrebungen bei den Kameraden großes Interesse vorhanden ist.

Der erste Kursus fand in der Zeit vom 8. bis 14. Januar im Genossenschaftsferienheim in Friedrichsroda in Thüringen statt. An diesem Kursus beteiligten sich 44 Kameraden aus den Zahlstellen von Thüringen, Sachsen und Hessen. Der zweite Kursus fand in der Zeit vom 22. bis 29. Januar im Naturfreundehaus in Vordergeiersberg am Südrand des Fichtelgebirges statt. Dieser Kursus war von 48 Kameraden aus Bayern, Württemberg, Baden und Hessen besucht. 49 Kameraden aus Rheinland-Westfalen, Hannover und Schleswig-Holstein nahmen an dem Kursus im „Bunten Haus“, einem Verbandsferienheim des Zentralverbandes der Angestellten in der Nähe von Bielefeld, teil. Dieser Kursus fand in der Zeit vom 5. bis 12. Februar statt. Der Kursus für die Kameraden aus Mecklenburg, Pommern, Ostpreußen und Brandenburg fand in der Zeit vom 19. bis 25. Februar im Erholungsheim JbL in Ahlbeck an der Ostsee statt, und war von 49 Kameraden besucht. Der letzte Kursus fand in der Zeit vom 4. bis 11. März in Oberschreiberhau im Riesengebirge statt. An diesem Kursus nahmen 44 Kameraden aus Schlesien, Sachsen sowie aus der Provinz Brandenburg teil.

Die Kursusteilnehmer wurden während der Zeit ihres Aufenthaltes verpflegt und wohnten in den Heimen. Die Unterbringung im Internat hat sich aus den verschiedensten Gründen als sehr vorteilhaft erwiesen. Die Kameraden waren weitab vom Getriebe der Großstadt untergebracht und konnten ihre ganze Aufmerksamkeit unseren Veranstaltungen zuwenden. Der Gemeinschaftsgeist, der sich in der kurzen Zeit des Zusammenseins unter den Teilnehmern entwickelt hat, trug ebenfalls dazu bei, daß unsere Funktionärkurse in jeder Beziehung erfolgreich verlaufen sind. Es war eine Arbeitsgemeinschaft, die auf dem Gedanken der Solidarität gegründet war.

Entsprechend dem Schulungsziel war auch der Lehrplan; es wurden folgende Themen behandelt:

Einführung in die Geschichte der Gewerkschaften. — Die Geschichte unseres Verbandes. — Aus der Praxis der Gauleiter. — Grundfragen der Gewerkschaftspolitik. — Aufbau und Gliederung des Verbandes. — Agitations- und Organisationsfragen. — Aufgaben der Bau- und Platzdelegierten. — Verbandsstatistik. — Lichtbildervortrag: Werden und Wirken des Verbandes. — Volkswirtschaftslehre. — Unfallverhütung und Bauarbeiterschutz. — Die Verbandspresse. — Lichtbildervortrag: Unsere Jugendbewegung. — Der Tarifvertrag für das Baugewerbe. — Der Tarifvertrag in rechtlicher Hinsicht. — Arbeitsrecht. — Die tariflichen Schlichtungsinstanzen. — Lichtbildervortrag: Die Stätten genossenschaftlicher Produktion. — Kassenwesen des Verbandes. — Sozialversicherung und Sozialpolitik. — Lichtbildervortrag: Die Holzbaumweise im Kampf gegen den Eisen- und Eisenbetonbau. — Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung. — Kassenwirtschaftliches. — Aus der Praxis der Baukontrolleure.

Als Referenten wirkten neben den Kameraden Wolgast, Römer, Melzer, Schumann, Fischer und Sauer vom Zentralvorstand Sachs, und Dr. Broecker vom ADGB mit. Während die erstgenannten Kameraden Fragen der Gewerkschaftsbewegung und unserer Verbandsrichtungen und -aufgaben behandelten, referierten die letztgenannten über Fragen des Bauarbeiterschutzes, der Sozialpolitik und des Arbeitsrechtes. Daneben behandelten die Kameraden Laue, Promm, Janßen, Steffen und Köhler in den verschiedenen Kursen das Thema: Aus der Praxis der Gauleiter. Der Kollege Burgemeister vom Hauptvorstand des Zentralverbandes der Angestellten sowie der Arbeitersekretär Kamerad Gröbner behandelten sozialpolitische und

arbeitsrechtliche Themen. Das Thema: „Aus der Praxis der Baukontrolleure“ wurde von den Kameraden Dienewald, Chemnitz, Hitz, Schweinfurt, Bardorf, Worms, Markgraf, Hamburg, und Luther, Dresden, behandelt. Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß die Fortbildungskommission des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine zu jedem Kursus einen Referenten gestellt hat, der in sehr wirkungsvollem Lichtbildervortrag konsumgenossenschaftliche Themen behandelte.

Der Lehrstoff wurde zum Teil in Form von Arbeitsgemeinschaften, das heißt in gegenseitiger Frage und Antwort behandelt. Jedem Kursusteilnehmer wurde nach Beendigung der Veranstaltung gedrucktes Vortragsmaterial ausgehändigt, worin die Vorträge der Referenten teilweise niedergelegt waren. Außer den Vortragsdispositionen erhielt jeder Kursusteilnehmer einige gewerkschaftliche, sozialpolitische und arbeitsgerichtliche Schriften geliefert. Nach Beendigung der Kurse mußte jeder Teilnehmer seinen Eindruck über die Bildungsveranstaltung des Verbandes schriftlich wiedergeben. Alle Zuschriften zeigten, daß die Kurse für die Teilnehmer ein Erlebnis waren, das bei allen den stärksten Eindruck hinterlassen hat. Noch nie war es möglich, so intensive gewerkschaftliche Schulungs- und Erziehungsarbeit zu leisten, wie das in den Funktionärkursen der Fall war. Hoffen wir, daß die Teilnehmer das Gehörte in die Tat umsetzen und vor allen Dingen bei der Ausbreitung unserer Verbandsidee ihre ganze Kraft einsetzen.

Verbandsnachrichten.

Karl Michaelis †

Vor Jahresfrist trat Karl Michaelis, Steffin, Gauleiter unseres Verbandes für Pommern in den Ruhestand. Sein Alter, er war eben 65 Jahre, hätte ihn dazu noch nicht veranlassen brauchen. Allein er fühlte sich körperlich seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen, seine Kräfte waren verbraucht. Das konnte bei Karl Michaelis nicht wunder nehmen. Er hat ein Menschenalter im Gau Pommern, man darf ruhig sagen, in seinem Gau gewirkt, und wenn heute in Pommern die Organisation so fest wurzelt, fester als in manchem andern Gau, so ist das unbestritten das Verdienst von Karl Michaelis. Er hat unsern Verbandsverband in Pommern den Boden geebnet. Von Steffin aus hat er als Mitglied und Leiter der Agitationskommission, dem Vorläufer des heutigen Gauleitersystems, Pommern bereist und den Organisationsgedanken bis in die kleinsten Orte getragen. Er genoß als Landsmann unter den Pommern großes Vertrauen; seine Art, wie er den pommerischen Kameraden den Verband näherbrachte, wie er sie für die Organisationsidee einzunehmen vermochte, war, wie sich schnell herausstellte, die richtige. Als dann die Zahlstelle Steffin, die in Pommern führend war, für die Erledigung ihrer Geschäfte einen Angestellten brauchte, fiel ganz selbstverständlich die Wahl auf Karl Michaelis. Um seine Kraft aber auch für die Provinz zu erhalten, wurde er zum Teil von der Zahlstelle Steffin, zum Teil von der Zentralkasse bezahlt. Dieser Zustand, der fast ein Jahrzehnt bestanden hat, hat sich durchaus bewährt. Nachdem aber die Zimmererbewegung im Gau Pommern zusehends wuchs, wurde Karl Michaelis zum Gauleiter für Pommern berufen, seine Arbeiten in Steffin konnte er in die Hände eines von der Zahlstelle hierzu beauftragten Kameraden legen. Nun konnte sich Karl Michaelis ganz den Arbeiten im Gau widmen und unsern Verband weiter ausbreiten und festigen. Das hat er getan, und er hat am 1. April vorigen Jahres seinem Nachfolger einen gut organisierten und gut durchgearbeiteten Gau übergeben können.

Kaum ein Jahr hat Karl Michaelis von seiner Arbeit ausruhen können und die längste Zeit dieses Ruhejahres hat er krank gelegen. Es ist Karl Michaelis so ergangen, wie zahlreichen andern Angestellten, die, wenn einmal ihre Kraft zu versagen scheint, sich immer wieder in und an ihrer Arbeit aufrichten, die aber, wenn sie ganz zur Ruhe kommen, in der Regel schnell vom Tode ereilt werden. Die Wünsche und Hoffnungen des gesamten Verbandes, die Karl Michaelis vom außerordentlichen Verbandstag in Leipzig im vorigen Jahre mit fortnehmen konnte, sind nicht in Erfüllung gegangen. Am 19. März hat ihn der Tod aberufen. Am 23. März ist er in Steffin unter sehr starker Beteiligung aus Steffin und dem Gau Pommern wie auch aus den Nachbar-gauen zu Grabe getragen worden. Der Verband wird ihm stets ein gutes Andenken bewahren.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Kommentar zum Betriebsrätegesetz.

Die neueste Ausgabe des Kommentars zum Betriebsrätegesetz von dem bekannten Arbeitsrechtler Georg Fladow ist erschienen und kann vom Zentralvorstand bezogen werden. Das in gutem Leinwand gebundene Werk hat einen Umfang von 540 Textseiten. Das Werk, das in keiner Zahlstellenbibliothek fehlen sollte, kostet 6 M., zuzüglich Versandkosten (Ladenpreis 18 M.). Bestellungen sind umgehend aufzugeben. Der Zentralvorstand.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. Eine allgemeine Mitgliederversammlung hielt unsere Zahlstelle am 6. März im großen Saal des Gewerkschaftshauses ab mit der Tagesordnung: „Warum Klassenkampf in den Gewerkschaften?“, sowie Bericht vom Stand der Lohnbewegung. Der Referent, Genosse Wüst, sagte in der Einleitung, daß das heutige Thema in der Zeit der großen Aussparungen der Metallgewaltigen besonders wichtig sei. Der Hauptfachmacher Siemens ist einer derjenigen, die 1918 das Arbeitsgemeinschaftsabkommen mit den Gewerkschaften unterzeichneten, und heute ist dieser der gefährlichste Gegner desselben. Redner streifte dann die Vorgänge vom Bielefelder Abkommen im Jahre 1923, über das Ermächtigungsgesetz bis zur kapitalistischen Stabilisierung der Jetztzeit. Trotzdem der Nominallohn der Facharbeiter um 41 % seit 1914 gestiegen ist, haben wir zur Zeit an Hand der Wirtschafts- und Lebenslage für den Arbeiter nur 95 % des Reallohnes der Vorkriegszeit in den Spitzenlöhnen erreicht. Nach der „Gewerkschaftszeitung“ vom 18. Februar ist in den letzten beiden Jahren eine Lohnerhöhung von 8,8 % zu verzeichnen, demgegenüber eine Indexsteigerung von 7,3 % steht, somit eine Aufbesserung von nur 1,5 % der Lebenshaltung in dieser ganzen Zeit in Frage kommt. Dagegen wurden drei Viertel des gesamten Steuerbudgets von der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht. Diese Tatsachen beweisen, daß Schluss mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik gemacht werden muß. Offen propagieren ja die Unternehmer die Mißachtung der getroffenen Abmachungen, und wo dies nicht eintritt, schaffen sie durch willkürliche Betriebsstilllegungen zugunsten der Arbeiter lautende Schiedssprüche aus der Welt. Jeder freigewerkschaftliche Arbeiter muß an Hand der täglichen Ereignisse zu der Ueberzeugung kommen, daß nur der klare Klassenkampf der kapitalistisch fortschreitenden Ausbeutung gegenübergesetzt werden muß. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten bekräftigt. Im Schlusswort ging der Referent auf die Ausführungen ein und sagte weiter, daß die geringste Lohnforderung nur voll durch Kampf erreicht werden kann. Kamerad Reppschläger gab hierauf die festgesetzten Zeitpunkte der kommenden Lohnperioden und Verhandlungstermine bekannt. Die Höhe der Forderung ist nach erfolgter Beratung der übrigen Organisationen auf 1,55 M pro Stunde eingereicht; über Verlauf und Ausgang erhalten die Kameraden Bescheid. Nachdem Kamerad Schill noch auf die Beachtung der Anmeldung der Forderung bei zuschlagspflichtiger Arbeit, laut Bezirksarbeitsvertrag, hingewiesen hatte, wurde die Mitgliederversammlung geschlossen.

Chemnitz. Am 17. März tagte eine Versammlung unserer Poliersektion, die sehr gut besucht war. Als Tagesordnungspunkt war der Tarifablauf des Poliervertrages und die Stellung des Zentralverbandes hierzu, aufgestellt. An dem Verbalten des Polierbundes wurde schärfste Kritik geübt. Der Wille der Versammlung kam in der folgenden Entschließung zum Ausdruck, die auch einstimmig Annahme fand: „Die am 17. März stattfindende gemeinschaftliche Versammlung der Poliere und Schachmeister der Baugewerkschaft Chemnitz des Deutschen Bauwerksbundes und der Poliere der Zahlstelle Chemnitz des Zentralverbandes der Zimmerer nimmt Stellung zu dem Ablauf des Reichstarifs. Die zahlreiche Versammlung bringen zum Ausdruck, daß der im Jahre 1924 abgeschlossene Reichstarifvertrag schon längst nicht mehr den Bedürfnissen der Poliere entspricht und bedauern außerordentlich, daß der Polierbund trotzdem und abermals entgegen den Abmachungen mit den vertragsberechtigten Bauarbeiterorganisationen den unzulänglichen Vertrag auf ein weiteres Jahr verlängert hat. Eine solche Handlung widerspricht der Wahrnehmung der Interessen der Poliere. Von den Zentralvorständen des Bauwerksbundes und Zimmererverbandes wird gefordert, mit aller Kraft befragt zu sein, die im Reichstarifvertrag gegebene Bindung für seine Mitglieder zu lösen und beim Vorstand des

Der erste Unterrichtskursus des Verbandes.

Zu einem Schulungskursus hat der Zentralvorstand 44 Funktionäre des Verbandes nach dem landschaftlich idyllisch gelegenen Thüringer Städtchen Friedrichsroda zusammengerufen. Die Ferienheimgenossenschaft „Die Naturfreunde“ hatte uns ihre schönen Räume zur Abhaltung des Schulungskursus zur Verfügung gestellt und die Verpflegung der Teilnehmer übernommen.

Weitab vom Getriebe der Großstadt, zwischen den kammuräumlichen Höhen des Thüringer Waldes sollten die Funktionäre mit den Einrichtungen des Verbandes und der modernen Gewerkschaftsbewegung vertraut gemacht zu werden. Gewiß konnte man in einem Wochenkursus nicht alle die Fragen behandeln, mit denen sich die moderne Gewerkschaftsbewegung zu befassen hat; immerhin konnten Teilgebiete ausführlich behandelt und erörtert werden. Der behandelte Lehrstoff war in erster Linie auf die Bedürfnisse unseres Verbandes abgestimmt. Wenn daneben noch andere Gebiete behandelt wurden, so nur deshalb, um den Teilnehmern den Umfang der Arbeit zu zeigen, den die moderne Arbeiterbewegung zu leisten hat.

Am Sonntag, 8. Januar, trafen die Teilnehmer ein. Am gleichen Abend wurde der Kursus durch den Vorsitzenden des Verbandes, Kamerad Wolgast, mit einer Ansprache über die Bedeutung der Schulungswoche und die Pflichten der Teilnehmer eröffnet.

Schon vom ersten Tage an entwickelte sich zwischen den Kursusteilnehmern ein recht kameradschaftliches Verhältnis. Es war echter Gemeinschaftsgeist, der die Teil-

nehmer und Referenten beseelte. Hier war eine Gruppe von Menschen versammelt, die alle von dem Gefühl durchdrungen waren, ihr Bestes daranzusetzen, um das Gehörte und Erlebte hinauszutragen in den Kreis der Kameraden



Kamerad Wolgast bei der Eröffnungsrede.

und in die Reihen der Unorganisierten. Die Schwierigkeiten, die sich immer einstellen, wenn Menschen, die schwere körperliche Arbeit zu verrichten gezwungen sind, geistige Arbeit leisten müssen, konnten verhältnismäßig

nicht überwunden werden. Einmal war es die Hingabe zur Sache, und ferner die Abwechslung der Themen, sowie die Lehrmethoden der Referenten, die keinerlei geistige Müdigkeit in den Kreisen der Teilnehmer aufkommen ließen. Nur einmal, am Mittwoch, 11. Januar, wurde eine kurze dreistündige Unterbrechung des Unterrichtes vorgenommen, um eine Wanderung auf die schneebedeckten Höhen des Gebirges zu unternehmen. Diese Abwechslung war vielleicht deshalb notwendig, weil der Referent des Themas „Volkswirtschaftslehre“, Kamerad Sauer, die Teilnehmer mit der Lösung einiger Aufgaben beschäftigte, die große Ueberraschungen mit sich brachten.

Die geistigen Anforderungen, die an die Teilnehmer gestellt wurden, waren ziemlich hohe. 28 verschiedene Vorträge wurden gehalten. Wer den einzelnen Themen folgte und den Lehrstoff verarbeiten wollte, mußte fleißig mitarbeiten. Trotz der arbeitsreichen Tagung waren sowohl die Teilnehmer als auch die Referenten befriedigt, weil alle der Ueberzeugung waren, ein großes Stück Arbeit für den Verband geleistet zu haben.

Ueber die in Friedrichsroda gewonnenen Eindrücke haben alle Teilnehmer dem Zentralvorstand schriftlich berichtet. Ohne Ausnahme waren alle begeistert von der Veranstaltung. Nachfolgend geben wir einem Kursusteilnehmer das Wort, der seine Eindrücke sowie die künftigen Pflichten der Teilnehmer wie folgt wiedergegeben hat:

Friedrichsroda! Klingt dieses Wort nicht allen Kameraden, die dazu berufen waren, Teilnehmer an einem

ADGB. und des Afa-Bundes dahin zu wirken, daß der Polierbund nun endlich veranlaßt wird, seinen in dieser Frage eingenommenen beharrlichen Standpunkt aufzugeben, damit eine wirksame Wahrnehmung der Interessen der Poliere und Schachtmeister unter Mitwirkung des Baugewerksbundes und Zimmererverbandes erfolgen kann. Die Kameraden im ganzen Reiche werden aufgefordert, energisch dafür einzutreten, daß unser Zentralverband und der Baugewerksbund als Tarifträger bei den zuständigen Verhandlungen mit anerkannt werden. Die Mehrzahl der Poliere ist in dem Zentralverband organisiert, und es darf aus diesem Grunde nicht mehr länger zugesehen werden. Die Poliere des Zentralverbandes der Zimmerer und des Baugewerksbundes wollen über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen mitentscheiden, wollen mit Träger des Tarifvertrages für Poliere sein." Unter Verschiedenes wurden noch einige Rechtsfragen und die Tagesordnung der nächsten Versammlung behandelt. Hierauf erfolgte der Schluß der Versammlung.

Darmstadt. Die am 26. Februar stattgefundene Generalversammlung zeigte erfreulicherweise einen guten Besuch. Von 12 zu vertretenden Bezirken fehlten 3, und zwar die Delegierten von Nieder-Beerbach, Rößdorf und Ober-Ramstadt. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Jahresbericht. Der Kassenbericht lag den Anwesenden gedruckt vor. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Bei der anschließenden Wahl wurde der feitherige engere Vorstand wiedergewählt. Da die Kameraden Frankenberger und Gunkel, Ober-Ramstadt, ihre rückständigen Höregebühren an die Volkshochschule noch nicht beglichen haben, soll dem dortigen Bezirk Ober-Ramstadt die 5% Lokalvergütung solange einbehalten werden, bis die Schuld bei dem Kartell beglichen ist. Der Vorsitzende, der die Erwerbslosenfrage bearbeitet, gab den Anwesenden Aufklärung über die Dauer des Bezuges von Erwerbslosenunterstützung. Da im März der Lohnanfall abläuft, so ist es dringend notwendig, daß der andauernden Feuerung unbedingt eine wesentliche Erhöhung des Lohnes folgen muß. Das schon im vergangenen Jahr beschlossene dreifache Stiftungsfest soll in diesem Jahr gefeiert werden. Mit dem Appell an die Anwesenden, immer und unentwegt, wo es auch sei, für unsern Verband zu agitieren und nachdrücklichst einzutreten, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Generalversammlung.

Friedland i. Ostpr. Unsere Zahlstelle hielt am 18. März ihre Monatsversammlung ab. Die Versammlung war gut besucht. Kamerad Torpat sprach über das „Bildungsweiden des Verbandes". In seinen Ausführungen schilderte er die Ein drücke, die er von dem Bildungskursus in Ahlbeck gewonnen hat. Im Anschluß hieran hielt Kamerad Torpat einen Vortrag über die „Entstehung und die Entwicklung unseres Verbandes". Der Gauleiter, Kamerad Finsel, der ebenfalls anwesend war, berichtete über die Lohnverhandlungen und über die Lehrlingsfrage. Die Referate wurden mit Beifall aufgenommen. Nachdem die Wahl des Vorstandes erfolgt war, konnte die Versammlung geschlossen werden.

Oppeln. Am 11. März fand unsere Monatsversammlung statt. Als Referent war Kamerad Mannig aus Breslau erschienen, der in gemeinverständlicher Weise über das Bau-delegiertenwesen und den Bauarbeiterbeschutzer referierte. In der Diskussion bemängelte der zweite Vorsitzende das Verhalten einzelner Kameraden, die bis jetzt noch keine Delegierten für den Bauplatz gewählt haben. In Zukunft dürfe es keine Baustelle mehr geben, die ohne Betriebsvertretung sei. Auch der Bauarbeiterbeschutzer wurde bemängelt. Es ist unter allen Umständen zu fordern, daß auch in Oppeln Baukontrollreue aus Arbeiterkreisen angestellt werden. Nur durch eine intensive Kontrolle kann die Zahl der Bauunfälle wirksam reduziert werden. Der Kassierer ersuchte die Kameraden, der Buchkontrolle größere Aufmerksamkeit zu schenken. Im weiteren Verlauf der Diskussion bemängelten die Kameraden die lange Wartezeit im Falle von Erwerbslosigkeit. Der Vorstand konnte mitteilen, daß die Wartezeit vom hiesigen Landesarbeitsamt auf eine Woche herabgesetzt ist. Das Landesarbeitsamt hat sich jedoch unverständlicherweise nur dazu bereit erklärt, wenn der Antragsteller bedürftig ist. Ueber die kommenden Lohnverhandlungen wurde lebhaft diskutiert. Einige Kameraden bemängelten den schlechten Abschluß der Lohnverhandlungen für Oppeln. Obwohl die Lebensmittelpreise in Oppeln höher sind als in den übrigen Bezirken, betrage der Stundenlohn nur 83 \mathcal{J} . Daß nur ein restloser Zusammenschluß die Zimmerer vor der Willkür der Unternehmer schützen kann, beweist ein Vorfall, der sich auf der Baustelle der Firma Held & Franke in Roschewitz zugetragen hat. Um die Kameraden an der dortigen Baustelle möglichst lange an die

Arbeitsstelle zu fesseln, verlängerte der leitende Bauingenieur die Mittagspause auf eine Stunde. Infolge dieses Vorgehens legten 60 Kameraden sofort die Arbeit nieder. Durch Verhandlungen der Zahlstellenleitung mit der Firma gelang es, die feitherige Mittagspause aufrechtzuerhalten. Die Firma mußte außerdem noch die ausgefallene Arbeitszeit bezahlen, die durch die Verhandlungen und die Arbeitsniederlegung entstanden war.

Radolfzell. Am Sonntag, dem 26. Februar, fand eine Versammlung statt, zu der sämtliche Kameraden der Zahlstelle schriftlich eingeladen waren. Kamerad Groß, Ullm, hielt einen Vortrag über die „Grundzüge des Tarifrechts". In einem fast zweistündigen Vortrag behandelte der Redner die wichtigsten tariflichen Bestimmungen und erläuterte eine Reihe einschlägiger gesetzlicher Bestimmungen. Er hob hervor, daß dem Bau- und Plagdelegiertenwesen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll, ebenfalls dem wichtigen Gebiet des Bauarbeiterbeschützes. Die Anwesenden folgten den Ausführungen des Redners mit der größten Aufmerksamkeit. Zu begrüssen wäre es, wenn in Zukunft öfter derartige Vorträge gehalten würden. Nachdem noch verschiedene örtliche An gelegenheiten erörtert wurden, konnte die Versammlung geschlossen werden.

Schenklengsfeld. In unserm Zahlstellengebiet waren in den letzten Jahren nur noch 2 Kameraden Mitglieder des Verbandes. Trotz mehrfacher Bemühungen des Vorsitzenden und des Kassierers sowie der Gauleitung gelang es nicht, die übrigen Kameraden wieder dem Verbandsbezug zuzuführen. Bei diesem Zustand konnte natürlich von einer Durchführung des Tarifvertrages und der Lohnvereinbarungen keine Rede sein. Die Folge dieses Zustandes war, daß die Löhne sich immer mehr senkten. Zeitweilig wurden die Kameraden 18 bis 20 \mathcal{J} unter dem Tariflohn entlohnt. Im Spätherbst 1927 hatte der Gauleiter, Kamerad Maul, sowie der Zahlstellenvorstand eine Hausagitation veranstaltet, um die Kameraden für den Verband zu gewinnen. Der Erfolg unserer Arbeit blieb nicht aus, denn heute sind wieder 23 Kameraden organisiert. Die besseren Organisationsverhältnisse gestatten es, mit den Unternehmern in Verbindung zu treten zwecks Regelung der Löhne. Am 4. und 18. März fanden Verhandlungen mit dem dortigen Zimmermeister statt, die der Gauleiter, Kamerad Maul, mit den Kameraden führte. Nach langen Auseinandersetzungen kam schließlich eine Vereinbarung zustande, wonach der Stundenlohn vom 1. März an 80 \mathcal{J} und vom 1. April an 85 \mathcal{J} betragen soll. Die Erfolge wären bestimmt nicht zu verzeichnen gewesen, wenn die Kameraden indifferent geblieben wären. Die noch fernstehenden Kameraden müssen einsehen, daß ohne den Verband durchaus nichts zu erreichen ist. Wir richten noch mal an die Unorganisierten den Appell: Hinein in den Zentralverband der Zimmerer.

Schwarzenbach. Am 3. März fand in Bernsgrün eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen. Darauf erhielt der Kamerad Beck, der den Funktionärschulungskursus in Warmensteinach mitgemacht hat, das Wort. Er gab einen kurzen Ueberblick über alles, was dort behandelt wurde und ging darauf zum richtigen Thema „Arbeitslosen- und Arbeitsvermittlungsgesetz" über. In Hand des vom Zentralverband herausgegebenen Vortragmaterials gab Kamerad Beck einen aufklärenden Vortrag. Vor allen Dingen streifte er die Fragen, die für das Baugewerbe am wichtigsten erscheinen. Nach kurzer Diskussion wurde dieser Punkt verlassen. In der nächsten Versammlung soll der Kamerad Beck einen Vortrag über Bau- und Plagdelegierte geben. Unter Punkt 2 wurden verschiedene Lehrlingsfreiheiten behandelt. Zum dritten Punkt wurde beschlossen, eine Autofahrt durchs Vogtland zu machen, um einige sehenswerte Bauwerke zu besichtigen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Steinach. Am Sonntag, 18. März, fand unsere monatliche Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und hieß die Anwesenden, besonders die Kameraden aus Sonneberg, herzlich willkommen. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Kamerad Otto Queck hielt einen lehrreichen Vortrag über „Die Aufgaben der Bau- und Plagdelegierten". Er betonte, daß es unbedingte Pflicht jedes Kameraden sei, dahin zu wirken, daß die Wahlen restlos vorgenommen werden. Der Schluß seines Vortrages klang in die Worte aus: „Tut eure Pflicht, beherzig die Worte, die ich Euch zurief, um Euch vor späteren Unannehmlichkeiten zu schützen." Wollte Aufmerksamkeit und Ruhe herrschte bei den Zuhörern. Alsdann wurden verschiedene Eingänge verlesen, beraten und diskutiert. Unter anderem wurde den Jungkameraden ans Herz gelegt, sich schon jetzt vorzubereiten zu dem Jugendtreffen in Saalfeld Pfingsten

dieses Jahres. Es wurde beschlossen, allen Kameraden, die an den nächsten drei stattfindenden Versammlungen teilnehmen, eine kleine Vergütung in Form von Bleistiften, Büchern usw. aus der Lokalkasse zu bewilligen. Dadurch gedenkt der Vorstand den restlosen Versammlungsbesuch der Mitglieder zu erreichen. Es wurde beschlossen, die nächste Versammlung in Lauscha abzuhalten, um den Piesauer Kameraden den Besuch leichter zu ermöglichen. Hierauf wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Wusterhausen. Nach der Jahresversammlung fand unsere zweite außerordentliche Mitgliederversammlung am 8. März statt. Der Vorsitzende verlas das Schreiben von der Lohnkommission. Es wurde beschlossen, daß wir uns den Forderungen des Baugewerksbundes anschließen, der 12 \mathcal{J} Lohnerböschung pro Stunde fordert. Unter Verschiedenes verteilte der Kassierer den gedruckten Reichsttarifvertrag. Die Arbeitslegenheit wurde eingehend besprochen. Es wurde beschlossen, den Jungkameraden sachliche Nachhilfe zu gewähren. Da nur 3 Jungkameraden am Orte, die übrigen außerhalb der Stadt wohnen, wird es schwer sein, die Jungkameraden zusammenzuhalten. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch darauf aufmerksam, daß die Versammlungen noch besser besucht werden müssen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Erste Ausschußsitzung des ADGB. Der Bundesausschuß trat am 20. März im Gewerkschaftsbaus zu seiner 11. Sitzung zusammen.

Leipart eröffnete die Sitzung, indem er der führenden Persönlichkeiten gedachte, die seit der letzten Tagung des Bundesausschusses der Gewerkschaftsbewegung entrisfen worden sind. Der Bundesvorstand hat sein langjähriges Mitglied Hermann Silberich verloren, der Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband seinen ersten Vorsitzenden, Joseph Biermeier. Der langjährige Arbeitersekretär von Berlin, Gustav Link, der Kassierer des Verbandes der Friseur, Langner, das Vorstandsmitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Wuse, sind gleichfalls in diesen Wochen aus dem Leben geschieden. Leipart würdigte auch in kurzen Worten die großen Verdienste Hermann Molkenbuhrs um die deutsche Sozialpolitik und Karl Dürrs um den Internationalen Gewerkschaftsbund. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Sitzen. Leipart erstattete nun Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes in den abgelaufenen Monaten. Der Vorsitzende ging im weitem Verlauf seines Berichts auf eine Reihe von Eingaben des Bundesvorstandes ein. Am 6. Februar hat der Bundesvorstand an die Reichsregierung die Forderung gerichtet, die Gewerkschaften zu den Ausschüssen hinzuzuziehen, die sich, wie die Konferenz der Länder im Januar beschlossen hat, mit den Fragen der Verwaltungsreform beschäftigen sollen. Der Bundesvorstand hat eine Gegendarstellung gegen die Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über den Wohnungsbau eingereicht.

Die Verhandlungen über die Mißstände bei der Durchführung der Verordnung vom 12. Mai 1925 über Berufskrankheiten sind mit dem Reichsversicherungsamt noch im Gange.

Der Bundesvorstand hat für den Reichsberdingungsausschuß zwei Vertreter ernannt. Dem Kuratorium der Ausstellung „Die Ernährung" gehört ebenfalls ein Vertreter des Bundesvorstandes an.

In der Gewerkschafts-Zeitung werden neuerdings fortlaufend Berichte über die Konjunktur veröffentlicht, die auf Mitteilungen einer Reihe von Verbänden beruhen.

Demnächst soll auch der Bezirk Ostpreußen als letzter der ADGB-Bezirke einen eigenen Sekretär erhalten. Der Bezirkssekretär von Hessen und Hessen-Nassau, Kollege Leuschner, ist Innenminister von Hessen geworden. Seine Stelle muß neu besetzt werden.

In der letzten Sitzung des Bundesausschusses wurde der lohnpolitische Ausschuß beauftragt, die Kompetenzen der Einzelverbände beim Abschluß von Tarifverträgen zu klären, da sich eine Reihe sehr unerfreulicher Streitigkeiten zwischen verschiedenen Verbänden entwickelt hatten. Der lohnpolitische Ausschuß empfahl dem Bundesausschuß folgendes zu beschließen:

„Die Einzelverbände sind verpflichtet, beim Abschluß von Tarifverträgen, deren Geltungsbereich auf die Berufsgruppe zu beschränken, für die ihre organisatorische Zuständigkeit vom Bund anerkannt ist."

Schulungskursus unseres Verbandes zu sein, Tag für Tag in den Ohren? Schule! — Bedeutet das nicht eine Erinnerung an unsere Kinderjahre? Wir können stolz darauf sein,

daß wir noch einmal Gelegenheit hatten, durch unsere Organisation eine Schule zu besuchen.

Eine Woche Schulung im Sinne der modernen Gewerkschaftsbewegung liegt hinter uns. Eine Woche Ausspannung von der körperlichen Anstrengung wurde dazu benützt, um etwas zu lernen, was wir im Sinne der Organisation weitertragen wollen. Die Verpflichtung hatten wir schon vorher übernommen, nach Rückkehr in die Heimat uns doppelt zu betätigen, um das Gehörte und Erlernete im Sinne unseres Verbandes unsern Kameraden zu übermitteln. Wir waren in dem Moment, als der Vorsitzende des Verbandes, Kamerad Wolgast, den Kursus eröffnete, dazu erkoren, das Ohr zu sein für die zu Hause gebliebenen Kameraden. Möge ein jeder Teilnehmer die Eröffnungsworte des Kameraden Wolgast sich fest eingepreßt haben, was der Zweck des Kursus ist oder vielmehr werden sollte. Nicht immer haben wir die Worte befolgt, die wir da gehört haben.

In schneller Reihenfolge wechselten die Vorträge, die alle mit Ueberzeugung dargeboten wurden. Mancher Fingerzeig wurde uns gegeben, und nun liegt es an uns, das Gehörte wiederzugeben in dem Sinne, wie es im Kursus vorgetragen wurde. Vergesse nie die Tage von Friedrichroda; haltet unser Versprechen und tragt das Gelernte in den Tätigkeitskreis hinaus!

Wie oft, wenn man an andern Orten weilt, erfährt man, daß die Teilnehmer an dem Kursus das dort Gelernte zu wenig behandeln. Jeder Kamerad sollte das Gelernte in die Reihen der Kameraden tragen. Es muß Pflicht der Kameraden sein, das Versprechen, daß sie ab-

gegeben haben, für den Verband zu wirken und zu werben, zu verwirklichen.

Organisations- und Agitationsfragen wurden besprochen. Es gilt nun, in allen Zahlstellengebieten im Sinne der Referate auf die Anorganisierten einzuwirken und sie zu überzeugen, daß sie unsere Mitglieder werden. Ruft den Unorganisierten zu, daß wir bestrebt sind, für die Aufklärung der Zimmerer, für bessere Bezahlung unserer Arbeitskraft, für Besserung der sozialen Verhältnisse einzutreten. Wir führen einen Kampf um die Befreiung der arbeitenden Klasse, der mit dem Sieg des Sozialismus enden muß. Es muß unsere Pflicht sein, für unsere Forderungen weiter zu kämpfen. Jeder muß in seinem Zahlstellengebiete das Gehörte und Gelernte im Interesse der Organisation verwenden. Wir haben durch unsere Teilnahme an dem Kursus die Pflicht übernommen, uns einzusetzen für die Ausbreitung des Organisationsgedankens. Besser können wir unsern Kameraden unsere Dankbarkeit nicht beweisen, als dadurch, daß wir mit ganzer Kraft neue Mitglieder werden. Allen Kameraden, die an dem Kursus teilgenommen haben, möchte ich zurufen: Arbeitet unermüdet an der Stärkung unseres Verbandes, damit wir für neue Kämpfe gerüstet sind und dem Sieg entgegengehen können. Arno Kahmann.



In 5 Minuten muß die Staatenkarte von Europa gezeichnet werden!

Das Glück, um Guntz zu bitten,
Ist feig und Lorenwilt,
Erkämpft nur und erstreift,
Bleibt's dauernder Besitz!
Caesar Flaischen.

Leiparts Bericht wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Der eben erwähnte Beschluß fand einstimmige Annahme.

In Stelle des verstorbenen Mitgliedes des Bundesvorstandes, Hermann Silberbach, wurde der Gauleiter des Deutschen Baugewerksbundes für den Bezirk Berlin-Brandenburg, Otto Lehmann, einstimmig gewählt.

Dann nahm der zweite Vorsitzende, Grafmann, das Wort zu einem Bericht über die Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Grafmann gibt eine Darstellung der Situation, die nach dem negativen Ergebnis der Ausschussitzung entstanden ist. Bei der Neugestaltung der inneren Ordnung des IGB, müsse auch Bedacht darauf genommen werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahrzehntes, insbesondere die internationale Konzentration des Kapitals, das Wachstum internationaler Kartelle dem IGB, besondere und wichtige Aufgaben stelle.

Leipart teilt mit, daß die Landeszentralen inzwischen vom Vorstand des IGB, aufgefordert worden sind, positive Vorschläge über den Sitz und für den Posten des Präsidenten und des Generalsekretärs einzureichen. Der Bundesausschuß des IGB, müsse nun diese Forderung des IGB, erfüllen. Die Frage, wer Generalsekretär wird, erscheint Leipart wichtiger als die Frage des Sitzes. Die Vorschläge der Landeszentralen werden der nächsten Sitzung des Ausschusses des IGB, vorgelegt werden. Im Zusammenhang hiermit teilt Leipart mit, daß der Bundesvorstand des IGB, 10 000 Mark zur Unterstützung der von der politischen Reaktion hart bedrängten Gewerkschaften der Balkanländer bewilligt hat.

In der anschließenden Debatte ergab sich als einmütige Meinung aller Verbandsvorstände, daß die deutschen Gewerkschaften nach dem Verlauf der Januaragung des IGB, keine eigenen Vorschläge hinsichtlich der Sitzverlegung mehr machen werden. Die Ausschussitzung des IGB, die endgültige Beschlüsse fassen soll, wird erst in der zweiten Hälfte September stattfinden.

Anschließend berichtet Schlimme im Auftrage der Kommission für Verwaltungsreform über Vorschläge zur Vereinheitlichung der Unterstützungen in den Gewerkschaften. Da eine Uniformierung der Leistungen nicht beabsichtigt und auch nicht durchführbar ist, empfiehlt die Kommission, die übrigen sozialen Unterstützungen mit Ausnahme der Erwerbslosenunterstützung in dem bisherigen Umfang zu belassen und die Umzugsunterstützung in ihrer Höhe (abgesehen von Unterstützung für Gemeindefälle) zu begrenzen.

Nach einem Schlußwort von Schlimme stellte Leipart fest, daß der Bundesausschuß den gegenwärtig vorliegenden Vorschlägen der Kommission einmütig zustimmt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Bundesausschusses am 20. März sprach Gertrud Hanna über die Vorlage des Reichsarbeitsministeriums zur Aenderung des Hausarbeitsgesetzes. Am 21. März behandelte der Bundesausschuß in seiner Sitzung die Frage, ob es nicht zweckmäßig und notwendig sei, alle wirtschaftlichen Unternehmungen der dem IGB, angeschlossenen Gewerkschaften in sachlichen Gruppen zusammenzufassen und darüber hinaus eine Solidargesellschaft zu schaffen, die als zentrale Instanz den organisatorisch und wirtschaftlich notwendigen Ausgleich zwischen den sachlichen Gruppen vorzunehmen hätte. Die eingehende Aussprache, der ein vollständiger, vom Bundesvorstand unterbreiteter Plan zugrundelag, ergab für die Klärung der vorbereitenden Maßnahmen sehr wertvolle Gesichtspunkte. Es konnte sich bei der ersten Erörterung dieses weitreichenden Fragenkomplexes natürlich nicht darum handeln, schon bestimmte Richtlinien aufzustellen. Dazu sind die Fragen vorläufig noch nicht genügend geklärt. Der Bundesausschuß beauftragte daher den Bundesvorstand, eine Erhebung über den Bestand an Unternehmungen und Vermögenswerten der Gewerkschaften durchzuführen, um eine feste, sachliche Grundlage für die detaillierte Durcharbeitung des Planes unter juristischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Gesichtspunkten zu schaffen.

Der Vorsitzende des Baugewerksbundes brachte die zurzeit in der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gepflogenen Beratungen über die Regelung der Wartezeit für solche Arbeitnehmer, die jahreszeitlich verminderte Arbeitsgelegenheit haben, zur Sprache. Er legte Verwahrung dagegen ein, daß die Bauarbeiter schlechter behandelt werden sollen als andere Arbeiter. Die Einschränkung des Arbeitsmarktes für Bauarbeiter im Winter sei weniger verursacht durch die Einwirkung der Kälte, als durch den allgemein verringerten Auftragsbestand. Die Arbeitslosigkeit sei also weniger durch die Saison, als durch die allgemeine Lage, die das Bauen erschwere, verursacht. Er verlangte, daß alle Anschläge auf das Arbeitslosenversicherungsgesetz mit aller Kraft zurückgewiesen werde.

Splietz legte die Ursachen dar, die dazu geführt haben, daß die Frage der Wartezeit brennend geworden ist. Das Gesetz schreibt eine Wartezeit von sieben Tagen vor und gibt die Möglichkeit, sie aus drei Tage zu verkürzen, aber auch zu verlängern. Die Verlängerung ist hauptsächlich gedacht für Berufe mit jahreszeitlicher Arbeitslosigkeit. Die Festsetzung der Wartezeit liegt in der Hand der Reichsanstalt. Bisher ist die allgemeine Wartezeit weiter auf drei Tage belassen und eine Verlängerung der Wartezeit für Saisonarbeiter über sieben Tage hinaus im wesentlichen verhindert. Diese Regelung gilt bis zum 1. April. Inzwischen hat eine systematische Heße gegen die Arbeitslosenversicherung eingesetzt, die sich in erster Linie zwar gegen die Einbeziehung der Landarbeiter richtet, aber dem Wirken unserer Vertreter in der Reichsanstalt ganz allgemein die größten Schwierigkeiten macht. Die Heße der Landwirtschaft gegen die Arbeitslosenversicherung ging soweit, daß in der ausländischen Presse Notizen über den Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung durch die Arbeiterchaft erschienen. Der Zweck solcher Denunziationen an das kreditgebende Ausland ist klar. Die Rechnungsergebnisse der Reichsanstalt für das vierte Quartal 1927 lassen, von Ausnahmen abgesehen, einen Mißbrauch der Versicherung nicht erkennen. Nur die Verschärfung der Lage des Arbeitsmarktes während des Winter hat die Ausgaben der Reichsanstalt gesteigert, aber immerhin der Reichsanstalt genügt, um Verschlechterungen der Versicherungs-

leistungen durchzuführen. Der Vorstoß der Gegner zielt in erster Linie auf eine Verschlechterung der Wartezeit. Zahlreiche Saisonarbeiter würden davon betroffen werden. Die versicherungstechnischen Schwierigkeiten, die aus der Zugehörigkeit gewisser Saisonarbeiter zur Arbeitslosenversicherung entstehen, sollen nicht verkannt werden. Aber sie dürfen nicht zum Vorwand genommen werden, um, ohne Rücksicht auf sachliche Erwägungen, lediglich aus politischen Gründen den Sinn der Arbeitslosenversicherung in sein Gegenteil zu verdrehen. Eine Regelung muß getroffen werden. Ein Versagen der Reichsanstalt würde er bedauern, weil es der Idee der Selbstverwaltung schaden würde. Wir müssen eine Lösung zu erreichen suchen, die das Interesse der Saisonarbeiter wahr und die Versicherung der Landarbeiter nicht gefährdet.

Splietz berichtet weiterhin über die Verhandlungen, die hierüber bereits stattgefunden haben, und legt die Möglichkeiten dar, die zu einem Ergebnis führen können, das dem oben angeführten Grundsatz gerecht wird. Eine Schmälerung der Leistungen der Versicherung für die Saisonarbeiter ist schon darum auf keinen Fall möglich, weil wir am Ende der saisonmäßigen Arbeitslosigkeit stehen.

In der Diskussion wird mit großer Entschiedenheit die Auffassung vertreten, daß die Anordnungen über die Wartezeit unter keinen Umständen Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterchaften darstellen dürfen, die unter jahreszeitlicher Arbeitslosigkeit leiden. Die Ausführung des Gesetzes dürfe nicht zu einer Gefahr für die von den Gewerkschaften errungenen Löhne werden, wie es, wenn man die in der Reichsanstalt erörterten Pläne ansieht, den Anschein hat.

Baugewerbliches.

Berufliche Fortbildung der Berliner Zimmerer. In der Bauhschule Berlin, Neanderstraße 3, einer Abteilung der Technischen Privatschule von Dr. Arthur Werner, Regierungsbaumeister a. D., beginnen Mitte April die neuen Kurse zur Ausbildung zu Zimmerpolierern, Zimmermeistern, Bautechnikern. Nach leichtfähhiger Methode können Zimmerer ohne die geringste Vorbildung in kürzester Zeit herangebildet werden. Zu den Unterrichtsfächern gehören insbesondere: Baukonstruktionslehre mit besonderer Berücksichtigung des Austragens von Grat- und Kehlsparren, Schiftungen, Treppenkrümmungen usw. Entwerfen von städtischen und ländlichen Gebäuden. Baupolizei. Kostenanschläge. Statik. Feldmessen. Gründungen. Eisenkonstruktionen. Erd- und Straßenbau. Besonders beliebt sind die neuesten Konstruktionen und Berechnungen im Eisenbeton. Die Ausbildung kann erfolgen in der Abendhschule sowie in der Tageshschule. Anmeldung zu den Kursen in der Sprechstunde von 7 bis 8 Uhr abends, auch Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Man verlange vom Sekretariat Berlin, Neanderstraße 3, Prospekte, die kostenlos zugesandt werden.

Sozialpolitisches.

Tod den Außenseitern. In der Zementindustrie geht der Kampf um die unumschränkte Marktherrschaft mit aller Heftigkeit weiter. Nach dem Norddeutschen Zementverband hat auch der Westdeutsche als Kampfmaßnahme gegen Außenleiter Preisenkungen vorgenommen. Teilweise ist ein Preisnachschuß bis 60 M für 10 Tonnen zu verzeichnen. So heißt der Schlachtruf auf der ganzen Linie: Tod den Außenseitern! Es ist doch eigentlichlich, welche Mittel angewendet werden, um den Kartellen das Monopol zu erhalten. Daß in der Zementindustrie immer neue Fabriken errichtet werden, zeigt zur Genüge, daß doch an diesem Produkt verdient werden muß. Und wenn dem so ist, dann wäre es doch wohl an der Zeit, eine allgemeine Preisenkung eintreten zu lassen. Das Baugewerbe könnte gerade jetzt eine solche Hilfe sehr gut gebrauchen. Einer Preisenkung auf der ganzen Linie zieht man die Erhaltung des Monopols vor. Und dieserhalb lobt der Kampf. Wirklich ein lehrreicher Anschauungsunterricht, wie Wirtschaftspolitik in Deutschland getrieben wird.

Merkmale der Konjunktur. Ueberblickt man die deutsche Wirtschaftslage, so ist nicht ein Nachlassen, sondern eher eine Steigerung der Gesamtkonjunktur wahrzunehmen. Es scheint, daß die Weltkonjunktur sich nach oben bewegt und für die deutsche Wirtschaft sich dadurch neue Antriebspunkte ergeben. Die Ausfuhr beginnt sich allenthalben zu heben. Der Februarbericht des Stahlwerksverbandes weist darauf hin, daß sich das Auslands-geschäft bei steigenden Preisen lebhaft gestaltet. Für das Exportgeschäft in Fertigwaren hat die Leipziger Messe sehr anregend gewirkt. Die Diskonto-Gesellschaft hebt einige Merkmale der deutschen Wirtschaftslage wie folgt hervor: Die Rohstahlerzeugung stieg von 1 028 000 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1926 auf 1 359 000 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1927 und erreichte im Januar 1928 sogar 1 469 000 Tonnen. Die Produktionsleistung an Rohstahl je Kopf des Arbeiters betrug im Monatsdurchschnitt 1925: 1369 Tonnen, 1927: 1941 Tonnen. Die Walzwerk-erzeugung betrug 1927 zwar erst rund 77 % der Erzeugung von 1913 im alten Reichsgebiet, lag aber um 17 % über dem Vorkriegsstand, wenn man zum heutigen Reichsgebiet aus-geht. In der Maschinenindustrie lagen Ende 1927 die Produktionsziffern etwa 20 % über denen von Anfang des Jahres. Die Ausfuhr von Maschinen stieg von rund 65 Millionen Mark im Monatsdurchschnitt des Jahres 1926 auf stark 100 Millionen Mark im Dezember 1927. Für den Beschäftigungsgrad der Textilindustrie ist ihre Rohstoffzufuhr ein eindeutiges Merkmal. Diese ist nach den Feststellungen des Konjunkturinstituts im Jahre 1927 der Menge nach um etwa 27 % größer als im Jahre 1925 und um etwa 55 % größer als im Jahre 1926. Die Menge der von der Reichsbahn beförderten Güter, die sich in den ersten Monaten des Jahres 1926 zwischen 25 und 30 Millionen Tonnen monatlich bewegte, hatte Ende vorigen Jahres 40 Millionen Tonnen erreicht. Die Umsatzsteuer brachte in den drei Monaten November 1927 bis Januar 1928 ein Erträgnis von 261 Millionen Mark gegenüber

231 Millionen Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die monatlichen Umsatzziffern des Postcheckverkehrs betrugen im Januar 1926 9,2 Milliarden Mark, im Januar 1927 10,6 Milliarden Mark und im Januar 1928 12,5 Milliarden Mark. Die Erzeugung von elektrischem Strom betrug bei 122 erfaßten Werken, die etwa die Hälfte der deutschen Gesamtstromerzeugung umfassen, im Jahre 1927 12,5 Milliarden Kilowatt gegen 10,4 Milliarden Kilowatt im Vorjahr, was einer Mehrerzeugung von 20 % entspricht. Eine Ausdehnung der geschäftlichen Tätigkeit, die als Hochkonjunktur ersten Ranges bezeichnet werden muß. Eine Aenderung heftiger Natur steht vorläufig nicht zu erwarten.

Veranstaltungsanzeiger.

Montag, den 2. April:

Ansbach i. B.: Gleich nach Feierabend im Gasthaus „Zum Tiger“. — Hof i. Bayern: Nach Feierabend im Lokal „Edelweiß“. — Selb: Im Lokal Westend.

Dienstag, den 3. April:

Bitterfeld: Nachmittags 5 Uhr im „Bürgergarten“. — Düsseldorf: Abends 7½ Uhr im Volkshaus, Flingerstr. 11. — Halberstadt: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gerberstraße. — Hannover: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Sommerfeld: Nach Feierabend bei Martini. — Spremberg: Nach Feierabend im Lokal Thümmel, Postenplatz 14. — Stolp i. P.: Abends 7 Uhr im Volkshaus. — Wilsfer: Abends 8 Uhr bei H. Feldmann, Weichstr. 64. — Wittenberg: Nachmittags 5 Uhr bei Ziegler, Köpferstr. 1.

Mittwoch, den 4. April:

Guben: Abends 5 Uhr im Restaurant „Reichshalle“. — Essen, Bezirk Vottrop: Abends 7 Uhr im Volkshaus, Gladbeckerstraße 19. — Jöhoe: Abends 8 Uhr bei Carl Sarau, Sandkühle 8. — Naugard: Abends 8 Uhr bei Bäckermeister Gabrecht, Greifenbergerstraße.

Donnerstag, den 5. April:

Glauchau i. Sa.: Nach Feierabend im Restaurant „Zur Traube“.

Freitag, den 6. April:

Kulmbach: Nach Feierabend bei Herold, Obere Stadt. — Merseburg: Nachabend von 6 bis 8 Uhr in Leuna zum „Seitens Blick“. — Neustadt a. d. Orla: Nach Feierabend im Eiskeller. — Trier: Abends 5½ Uhr im Lokal Meyer am Hauptmarkt, Sienonstraße. — Wiesdorf a. Rh.: Abends 7½ Uhr im Lokal Schweigert. — Wittenberge, Bezirk Potsdam: Abends 8 Uhr in der Zentralhalle bei Bürger, Turmstraße.

Sonnabend, den 7. April:

Braunschweig: Abends 7 Uhr in „Stadt Helmstedt“, Schippenstedterstraße 10. — Dessau: Gleich nach Feierabend im „Eivoli“. — Essen-West: Abends 7 Uhr in Alsfendorf, „Gartbe“, Helmholzstr. 49. — Gelsenkirchen: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ecke Essener- und Overwegstraße. — Gelsenkirchen, Bezirk Westerholt: Morgens 10 Uhr bei Krufe, Auf dem Berg. — Herne i. W.: Im Volkshaus. — Kremen: Abends 7½ Uhr im „Goldenen Stern“, Demmstraße. — Kulmbach: Nach Feierabend bei Herold, Obere Stadt. — Oranienburg: Abends 8 Uhr bei Ernst Rablow, Bernauerstraße 5. — Schweinfurt: Mittags 12 Uhr bei Friß Vogt, Krumme Gasse.

Sonntag, den 8. April:

Barmen-Elberfeld: Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Call: Vormittags 11 Uhr im Verbandslokal „Hotel Roland“. — Cüstrin: Bei Dilk, Plantagenstraße 58. — Deutsch-Krone: Nachmittags 2 Uhr bei Graeber, Trift. — Eisleben: Vormittags 10 Uhr im Volkshaus. — Essen-Alfstadt: Vormittags 10 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Kastanienallee 95. — Gelsenkirchen, Bezirk Westerholt: Morgens 10 Uhr bei Krufe, Auf dem Berg. — Hagen i. W.: Bei Franz Hohmann, Ecke Kölner- und Elberfelderstraße. — Hamm i. W.: Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Feideckstr. 81. — Heldringen: Vormittags 10 Uhr bei Wendelin, Am Bahnhof. — Jarmen: Nachmittags 2 Uhr im Bahnhofshotel Kniepe. — Kulmbach: Mittags 2 Uhr bei Herold, Obere Stadt. — Lengerich: Vormittags 10 Uhr bei Friedrich Brunsmann, Am Bahnhof. — Lindau i. B.: Vormittags 10 Uhr in Monastedt, „Gasthaus zur Linde“. — Münster i. W.: Vormittags 10½ Uhr im Restaurant Theodor Nolte, Krummer Timpen 36/37. — Neuwied: Vormittags 10 Uhr bei Jean Wirth, Marktstraße. — Regensburg: Vormittags 9½ Uhr im Volkshaus („Paradiesgarten“). — Ribnitz: Nachmittags 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Schwarzenbach b. S.: „Gasthof zur Neustadt“. — Würzburg: Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Augustinerstraße 6.

Zur Beachtung!

Auf die vielen Anfragen aus allen Gauen des Verbandes teilt die Zahlstelle Berlin hierdurch allen Kameraden mit, daß hier noch etwa 1500 Zimmerer arbeitslos sind, und somit keine Aussicht besteht, hier Arbeit zu erhalten. Wir eruchen im Interesse der ortsanfässigen arbeitslosen Zimmerer, Berlin und Umgegend zu meiden. [6,75 M] Der Vorstand.

Hans Biverin, Oberleuten, wo steckst Du? Sende Deine Adresse sofort an Deine Eltern. [2,25 M]

Achtung Kassierer!

Der Zimmerer Hans Stuth aus Elmshagen-Kiel wird als Zeuge gesucht. Die Adresse der Kameraden ist an das Büro der Zahlstelle Kiel, Legienstr. 22 zu senden. [2,25 M]

Zahlstelle Köln und Umgegend.

Allen Kameraden im Reiche zur Kenntnis, das Arbeitskräfte bei der Ausstellung „Pressa“ nicht mehr gebraucht werden. Es sind im Zahlstellen-Gebiet eine große Anzahl Kameraden arbeitslos. Vor Zutritt muß daher dringend gewarnt werden. [3,50 M] Der Vorstand.